

SPD Fraktion Fraktion DIE GRÜNEN FDP im Rat	Drucksache Nr. A/16/4119-01	Termin 19.11.2018	Rat der Stadt		
<u>Antragsvorlage</u>			öffentlich		
Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss- kontrolle*	
30.10.2018	Umweltausschuss	V			
09.11.2018	Planungsausschuss	V			
19.11.2018	Rat der Stadt	B			

Beratungsgegenstand

Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion DIE GRÜNEN und der FDP im Rat gem. § 4 der Geschäftsordnung "Eindeutige Kennzeichnung des Ladebereiches für Elektrofahrzeuge"

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt fordert die Verwaltung auf, eine rechtssichere und unmissverständliche Kennzeichnung von Ladeplätzen für E-Fahrzeuge zu erarbeiten. Grundsätzlich denkbar wäre eine eindeutige Verbotsbeschilderung mit entsprechenden Ausnahmehinweisen (Siehe Abbildung). Dadurch könnte auch gewährleistet werden, dass E-Autos nach Abschluss des Ladevorgangs den Ladeplatz sofort wieder verlassen, um die Ladestation nicht länger als nötig zu blockieren.

Parallel hierzu sind auf den Erfahrungen anderer Städte basierende Vorschläge darzustellen, mit welchen Ordnungsmaßnahmen Zuwiderhandlungen durch mit Verbrennungsmotoren angetriebene Fahrzeuge bis hin zur sofortigen Fahrzeugentfernung sanktioniert werden können.

Die Stadtverwaltung und die EVO als Betreiber von Ladesäulen werden aufgefordert, bis Ende März 2019 einen Vorschlag für eine unmissverständliche Flächenkennzeichnung für Stellflächen aufladender Fahrzeuge vorzulegen und einen Vorschlag zur Übernahme der Kosten zu unterbreiten.

Vorsitzender SPD-Fraktion  W. Große Brömer 30.10.2018	Sprecher Fraktion DIE GRÜNEN  A. Blanke 30.10.2018	Vorsitzender FDP im Rat  H.-O. Runkler 30.10.2018
--	---	--

SPD Fraktion Fraktion DIE GRÜNEN FDP im Rat	Drucksache Nr. A/16/4119-01	Termin 19.11.2018	Rat der Stadt
--	---	-----------------------------------	----------------------

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13

Begründung

Die Begründung erfolgt mündlich.



14
15
16
17